

Die bürgerliche Presse wurde an von wegemüßigen im Weihen Haus in Washington: Begründung, Ergebnis gleich Null. Die Reise nicht wert.

Gegen hohe Wucherzinsen schloß Frankreich mit Amerika einen Stillhaltevertrag ab. Als LaVal, der Vertreter des französischen Finanzkapitals, den Ocean überquerte, kreuzten Schiffe mit Millionen amerikanischen Goldbarren seinen Weg. Trotz Stillhalteverträgen, wälzt sich der Goldstrom weiter von New York nach Paris.

Durch das amerikanisch-französische Bündnis wurden die Jungketten um die Gelenke der deutschen Werktätigen erneut festgeschmiedet. Wenn Ende Februar das bereits durchgeführte deutsche Stillhalteabkommen abläuft, und im Juli das Hoover-Festjahr zu Ende geht, soll die deutsche Bourgeoisie nur bei einem händlichen Kniefall vor dem französischen Imperialismus Kreditverlängerung oder neue Kredite bekommen.

Frank und Dollar haben ein Komplott geschmiedet gegen den Sowjetrußland. 1932 soll gegen Sowjetrußland eine internationale Kreditperre verhängt werden. Die Schwindelnährer der Germania über Zahlungseinstellungen der Sowjetregierung wurden als Bombe zur Sprengung der deutsch-sowjetischen Wirtschaft und Handelsbeziehungen geworfen. Den goldenen Regeln der Finanzhölle, soll der Krieg gegen den Volksweltismus mit Gasbomben und Bajonetten folgen.

Während 25 kapitalistische Länder den letzten Gang der Inflation gehen, steht die Sowjetwährung fest und unerschütterlich. Das Pfund purzelt. Der Höhe Dollar wackelt. Selbst der Frank erzittert durch die Stöße der internationalen Kreditkrise und die Bankzusammenbrüche in Frankreich. Nur der Sowjetrußland ragt wie ein Fels im Meer der kapitalistischen Krise empor.

Dort, wo der erste Rotarmist an der Grenze auf der sozialistischen Wacht steht, bröckeln die Wogen der kapitalistischen Krise. Das sozialistische Schiff ist nicht wie der leere Raucher des deutschen Kapitalismus, mit Milliarden kurzfristiger Auslandskredit überladen. Deshalb gibt es keine ausländischen Kreditabhänge, wie im Juli in Deutschland. Im September in England, und jetzt in Amerika. In der Sowjetunion gibt es keine „patriotischen“ Kapitalverschieber. Die russischen Arbeiter haben diese kapitalistischen Pampyre zeitig nach dem Friedhof abgeschoben. Auf die Spartakisten in Leningrad, Moskau und Charkow gibt es ebenfalls keinen Spätersturm. Die Fünfjahrespläne wurden überzelenet, während die kapitalistische Finanzwirtschaft pleite ist, basiert die sozialistische Finanzpolitik auf der Verstaatlichung des Bankwesens und der Großindustrie. Das eisernen Tor des sozialistischen Außenhandelsmonopols schützt die sozialistische Binnenwährung und macht den Sowjetrußland zum Sieger über Frank und Dollar.

In der Wandhaurell brüllen die Geschwäre weiter. Die Truppen des japanischen Imperialismus marschieren bereits gegen die Sowjetgrenze vor. Unter stillschweigender Duldung des Völkerbundes, dieses internationalen Räuberbundes wollen die japanischen Militaristen die sowjetische Ostbahn an sich reißen. Im Auftrag der Tokioer Regierung hat der japanische Botschafter in Moskau einen frechen Vorstoß unternommen. Die Protestationen des Imperialismus werden an der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetregierung zerfallen. Im äußersten Falle wird die stahlharte rote Armee im Bündnis mit den Arbeitern der ganzen Welt den imperialistischen Räubern auf die Finger klopfen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

In dieser Woche drückte die rechte Hand Mussolinis die Hand Brünings. Grandi, der italienische Außenminister wurde von der Nazipresse mit Freudenheul begrüßt. Wuchsmanns Freieitskampf führte regelrechte Inblanzerläufe auf über den Sendboten des „Dritten Reiches“.

Zur Ernüchterung wollen wir nur einige harte Tatsachen festhalten. Seit Jahren schöhnen die deutschen Arbeiter und Bauern in Südtirol unter dem faschistischen Diktatorregime. Bei der Tagung des sogenannten Haager Schiedsgerichtshofes, bekämpfte der italienische faschistische Vertreter gemeinsam mit dem französischen Sozialfaschisten Boncour: aus der Schärfe der deutsch-italienischen Follunion. Ebenso stand Grandi bei der Völkerbundstagung in Genf an der Seite Briands gegen Curtius. Es ist nicht zufällig, daß die Germania ihre gesteigerte Antisowjetische gerade in den Tagen der Verhandlungen zwischen Rom und Berlin entfaltete. Hier zeigt sich der antisowjetische Zweck der deutsch-italienischen Beziehungen.

Doch die deutschen Arbeiter sind auf der Hut. Der innenpolitische Film läuft immer rascher. Die Wahlen in Anhalt zeigen erneut die Umgruppierung der Klassenkräfte. Die hitlerischen Mittelparteien werden von den Hitlerfaschisten aufgefressen. Die Brüning-Sozialdemokratie verlor nach Hamburg wieder Tausende kampfgewillte Proletarier. Die besten revolutionären SPD-Wähler gingen nach links, zum Kommunismus.

Durch mangelhafte Arbeit unter der Landbevölkerung, den Angestellten und Mittelschichten, gingen von dem sozialfaschistischen Verrat angewanderte SPD-Wähler, zum ersten Male auch nach rechts zu den Nazis. Durch Steigerung unseres antisowjetischen Kampfes und Verstärkung unserer Arbeit unter den Angestellten und werktätigen Mittelschichten muß diese Entwicklung im übrigen Reich verhindert werden. Besonders der Betriebsfaschismus muß gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition unter härtesten Feuer genommen werden.

Gestern trat der Hindenburg-Wirtschaftsbeirat zusammen. Die faschistische Ständekammer soll die Tarifhöhe mit Hilfe der SPD Eckert und Graßmann elastisch nach unten abbauen. Drei bis fünf Millionen Arbeiter und Angestellte stehen im Tarifkampf. Wir veröffentlichen heute einschütternde Zahlen über den mörderischen Lohnraub besonders an den Metall- und Textilarbeitern. Morgen läuft in der sächsischen Textilindustrie bereits der Tarif für 250 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ab.

Die „linken“ sozialfaschistischen Gewerkschaftsbünde tun handeln in der dunklen Schlachtkammer über einen neuen Lohnraub. Dieses schändliche Verräterwerk darf nicht gelingen. In allen Textilhöfen Sachsens müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen sofort in Belegschaftsversammlungen zusammenzutreten. Unter Führung der RGD müssen auf der Grundlage der roten Betriebseinheitsfront vorbereitende Kampfausschüsse geschaffen werden, die die Betriebe streikfrei und streikfertig machen. In den Versammlungen des Textilarbeiterverbandes muß die Opposition vorstehen und den „linken“ Lohnabbaugewerkschaftsbürokraten die Maske vom Gesicht reißen.

Im roten Kampfbündnis mit den Gemeindef, Metallarbeitern und den vom Gehaltsraub bedrohten Angestellten, gilt es den Streik zu organisieren gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsraub. Der faschistische Lohnraubfront von den SPD-Gewerkschaftsführern bis zu den Harzburger Inflationssprecher müssen wir die rote Streikfront entgegen stellen.

Morgen Sonnabend und Sonntag ist rote Mobilisierung. Kommunisten, Kommunisten, Mitglieder der RGD und der Massenorganisationen vor die Front! An den Grobwerbetagen für die Arbeiterklasse, das Volkswelt und die kommunistische Partei müssen alle Mann an Bord. Es gilt Hunderte neuer Kampfer für die Partei und Abonnenten für die rote Arbeiterpresse zu gewinnen. Wenn jeder Revolutionäre seine Pflicht erfüllt, dann werden wir über die schlagenden Streikfront kommenden Streiks und den deutschen roten Oktober kämpfen.

Geheimkonferenzen Hitler-Schleicher!

Sebering von allem unterrichtet — Einfluß der Nazis zum Kampf gegen Arbeiter

Die „Berliner Volkzeitung“ bringt die sensationelle Mitteilung, daß Hitler vor seiner Aussprache mit Hindenburg eine längere Unterredung mit dem Chef der Reichswehr Generalleutnant von Schleicher gehabt hat. Bei dieser Unterredung soll es zu einer „ziemlich weitgehenden Verständigung“ zwischen Schleicher und Hitler gekommen sein.

Gegenstand dieser Unterredungen soll die Regierungsbeteiligung der Nazis, eine Koalition des Zentrums mit den Nazis gewesen sein. Die demokratische Presse behauptet, daß die Pläne darauf hinzielen, eine Regierung ohne die Deutschen national mit Brüning und Hitler zu bilden.

Daß in der Tat solche Verhandlungen über die Beteiligung der Nazis an der Regierung stattgefunden haben und noch stattfinden, wird indirekt vom „Völkischen Beobachter“ bestätigt. In einem Artikel, geschrieben von der „Pressstelle der Reichsleitung der NSDAP“, wird die Anbiederung an Brüning, die Hitler mit

seinem „offenen Brief“ eingeleitet hat, fortgesetzt und als „Kampf“ des Zentrums gegen die Nazis bezeichnet.

Ganz gleich, was immer auch das konkrete Ziel dieser Verhandlungen Hitlers mit den verschiedenen „maßgebenden Persönlichkeiten“: Militärs, Bankiers, Industriekapitalisten, sein mag, so ist bei der Beteiligung der Nazis an einer Diktaturregierung die Notwendigkeit besprochen wurde, oder nicht, sehr viel zu entscheiden. Die Zweck aller dieser Unterredungen ist, wie die Verhandlungen der Brüningregierung, zur Durchführung des Kampfes und zur Niederschlagung der revolutionären Bewegung gesetzt werden können. Denn es liegt auf der Hand, daß Schleicher auch nur zu sehen, wenn er und die Nazis wirklich die Grundlagen des heutigen Systems“ wären, für den sie sich ausgehen.

Durch Streit Lohnerhöhung erkämpft

Landarbeiter Pommerns im Streikampf

Erfolgreiche Kämpfe der Kartoffelbuddler. Stettin, 20. Oktober. Die Bewegung der Kartoffelbuddler gegen Lohnraub greift immer weiter um sich. Ständig werden neue Streiks gemeldet, die sich gegen die ungeheuerlich schlechten Löhne richten.

In Bassenborn (Pommern) traten die Kartoffelbuddler in den Streik. Nach einem Kampf von einem Tag wurde der Junker gezwungen, den bisherigen Preis von 8 Pfennig pro Kiste bis auf 20 Pfennig pro Kiste zu erhöhen und außerdem noch pro Kiste 1 Pfund Kartoffeln zu liefern.

Steinbrucharbeiter wehren Lohnraub ab

In dem Steinbruch Bell-Nammelsbach (Baden) wurde der Belegschaft anheimgegeben, einen 15prozentigen Lohnabbau hinzunehmen, widrigenfalls der Betrieb geschlossen würde. Die Belegschaft stellte sich geschlossen hinter die RGD und beantwortete die Lohnabbaumaßnahme mit Organisation des Kampfes. Daraufhin mußte der Unternehmer die Kündigung und den Lohnabbau zurücknehmen.

1000 Jenaer Pflichtarbeiter im Streik

Jena, 20. Oktober. (Eig. Ber.)

Über 1000 Pflichtarbeiter haben in Jena das Streikbanner entrollt gegen die am 23. Oktober herabgesetzten Unterhaltungs- und Pflichtarbeiterzuschläge, gegen die Forderung einer Mehrarbeit bei den herabgesetzten Pflichtarbeiterzuschlägen. 95 Prozent der Arbeiter sind unter Führung ihrer selbstgewählten Kampfleitung sofort in den Kampf getreten. Die Streikleitung lehnt sich aus sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen, parteilosen und RGD-Arbeitern zusammen. Der ADGB-Ausschuh in Jena war gezwungen, angesichts dieses brüderlichen Kampfbündnisses aller Arbeiter dem Kampf die Unterstützung zuzulassen (!). Gleichzeitig aber versuchen die Gewerkschaftsführer dadurch die Führung des Streiks in die Hände zu bekommen, um so rasch als möglich den Kampf im Reine zu erklären.

Die Pflichtarbeiter erklärten der Stadtverwaltung, daß nur ihre selbstgewählte Vertretung für die Führung des Kampfes und die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zuständig sei, und daß sie für ihre Forderungen bis zum endgültigen Siege kämpfen werden.

Entlassung durch Streik verhindert

Berlin, 20. Oktober. Der Streik der Mo-Arbeiter auf der Baustelle Berlin-Grünemald ist mit einem vollen Siege der Streikenden beendet worden. Auf dieser Baustelle, wo 14 Arbeiter beschäftigt sind, wurden die Obleute und Vertrauensleute entlassen. Die For-

derung der streikenden Leute bestand auf Wiederbeschäftigung der entlassenen Obleute und Vertrauensleute. Die Erfüllung dieser Forderung und die Zahlung der freien Tage sind durch diesen Streik erreicht. Mit einem vollen Siege sind also dieser Streik beendet worden. Er ist ein neues Beispiel, nur unter Führung der RGD ein Streik zum Siege führt.

Schaffearbeiterstreik im Kreis Teplitz

Berlin, 20. Oktober. Die Belegschaft der Firma S. Streubel, die bei Schaffarbeiten in Ludwigsdorf-Strawesdorf, Kreis Teplitz (Sachsen-Brandenburg) beschäftigt ist, trat in den Streik, weil die Firma weigerte, Tariflöhne zu zahlen. Der reformistische Streik hat selbstverständlich sofort den Streik als „wilden“ Streik erklärt und ist dabei, Streikbrecher zu vermittelten. Der Streik steht unter Führung des Einheitsverbandes für das Berg- und Hüttenwesen.

Bonzenberrat im Berliner Metallkampf

Fortsetzung der Lohnabbaueverhandlungen

Heute werden die Verhandlungen zwischen der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und dem Verband Berliner Metallindustrieller über die Durchführung des Lohnabbaues fortgesetzt. Das Amt „oi Kähriga, den Sonnabend ablaufenden Tarif für weitere zwei Wochen verlängern, werden die Metallindustriellen aller Wahrscheinlichkeit nach ablehnen. Es wird damit gerechnet, daß der Lohnabbau, der einen Lohnabbau diktiert, zustandekommt. Die Metallindustriellen warten aber auf den Ausgang nicht, sie haben jetzt schon einen Lohnabbau betriebs- und abteilungsweise durch.

60 Prozent Gehaltsabbau für Angestellte mit Hilfe der Bonzen

Düsseldorf, 20. Oktober.

In der Kreisfelder Metallindustrie wurde zwischen den Metallindustriellen und den Gewerkschaften bei der Neuverhandlung der Gehaltsverträge ein Lohnabbau bis zu 60 Prozent vereinbart. In dem Abkommen wird festgelegt: „Das Gehalt der Angestellten darf infolge der mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Gehaltskürzung unter 40 Prozent sinken.“

Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie ist so offensichtlich, daß darüber kein Wort des Kommentars nötig ist. Es ist an der Zeit, daß die Angestellten einsehen, daß sie, nach dem Verrat des Bonzenrats B. o. s. von der „Zwischenbürokratie“ nicht anders behandelt werden als die Arbeiter“. Sie gehören in eine Front mit den Arbeitern die unter Führung der RGD den Kampf gegen jeden Lohnraub aufnehmen.

Textilstreikräftung in Gachsens

RGD verhindert Lohnraub

Dresden, 20. Oktober.

Die Tatsache, daß der erwartete Schiedspruch für die westsächsische Textilindustrie noch nicht gefällt worden ist, daß die endgültige Entscheidung vielmehr erst am 6. November fallen soll, hat überall in den Textilbetrieben nicht etwa eine Befriedigung, sondern eine Steigerung der Kampfvorbereitungen und der Bereitschaft zum Streik hervorgerufen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat inzwischen bereits an einigen Stellen die ersten Erfolge im Kampf für die Verhinderung des Lohnraubes zu verzeichnen.

Im Betrieb Förster in Burghardtshaus besloß die Belegschaftsversammlung auf Antrag der RGD gegen den von dem Unternehmer geforderten Lohnabbau in den Streik zu treten. Das Resultat war, daß der Unternehmer bedingungslos kapituliert und weiter zu den alten Bedingungen arbeiten läßt.

Der Kampfausschuh in der Leipziger Baumwollspinnerei wird heute an die Direktion die Forderung nach sofortiger Rückgängigmachung der Entlassung der 600 Schichtarbeiter und Nicht-

schicht der Pfaffenwälder Spinnerei wird heute ein Kampfbanner der RGD beschließen.

In allen Betrieben wächst die Kampfmotivation, so vor allem in den Textilbetrieben Frankenberg und im Betriebe Schicht & Medienberg in Oberlungwitz.

Nur unter Führung der RGD können die Textilarbeiter erfolgreich die Pläne der Lohnräuber und die Betrugsmanöver der Verbandsbürokratie zerhauen.

Lohnabbau bei Reichsarbeitern

Gestern wurde gegen die Reichsarbeiter ein Schiedspruch gefällt, der eine Kürzung der Reichsarbeiterlöhne um 2 bis 3 Pfennig die Stunde vorsieht. Da die Reichsarbeiterlöhne aus Grundlohn und Ortszulage bestehen, beträgt die Kürzung tatsächlich 7 Pfennig oder 4,5 Prozent. Die Laufdauer des Tarifvertrages erstreckt sich bis 31. März 1932.

Die Parteien müssen sich bis Dienstag, den 3. November zu dem Schiedspruch erklären.

Der Schiedspruch ist daher von besonderer Bedeutung, weil er das Beispiel des Lohnabbaues der Löhne der Gemeindef, Reichspost- und Eisenbahnarbeiter darstellt. Die Reichspost- und Eisenbahnarbeiter haben einen Lohn von 4,5 Prozent. Wenn auch einwilligen die Verhandlungen über den Lohnabbau der Post- und Eisenbahnarbeiter abgelehnt sind, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß auch hier sehr rasch ein Schiedspruch gegen die anderen Arbeiter in öffentlichen Betrieben gefällt wird. Es besteht die Gefahr, daß die Löhne der Gemeindefarbeiter den niedrigen Sätzen der Reichsarbeiter angeglichen werden. Es ist deshalb die Hauptaufgabe aller Gemeindef, Post-, Eisenbahn- und Reichsarbeiter in gemeinsamer Kampffront jeden Pfennig Lohnraub abzuwehren.

SPD-Polizeibräsident verbietet

Der „linke“ sozialdemokratische Polizeibräsident F. Fleißner hat drei Rundgebungen der RGD und der Na anlässlich des 14. Jahrestages der „linken“ Revolution kurzerhand verboten, mit der Begründung, daß die „öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet“ werden.

Bannwiger Arbeiter freigelassen!

Dresden, 20. Oktober

Die vier, wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagten Bannwiger Arbeiter, Schubert, Pöschke, Rume und Wöhme, wurden heute kostenlos freigelassen. Wir kommen am Montag auf die Verhandlung zurück.

Durchführung des Abbaues in der Pausenbezahlung überreichen. Die Arbeiter der Baumwollspinnerei sind entschlossen, ihre Solidarität mit den von der Entlassung bedrohten 600 Kollegen mit allen Mitteln praktisch zu beweisen. Wenn die Baumwollspinnerei am Montag falls die Direktion unnachgiebig bleibt, in den Streik tritt, dann muß das Signal für alle Textilarbeiter Sachsens sein, den geschlossenen Kampf gegen die Lohnräuber aufzunehmen.

Bei Königer in Jittau ist ein vorbereitender Kampfausschuh gebildet, ebenso in der Waußitzer Spinnerei. Die Beleg-